

17.8.95) Diese Entschuldigung müsse "positiv gewertet" werden. (So das chinesische Außenministerium, XNA, 16.8.95)

Der Tenor der Gedenkfeierlichkeiten stand unter dem ungeschriebenen Motto "Patriotismus fördern, japanische Investoren nicht verärgern". (So treffend NZZ, 11.8.95) -we-

Innenpolitik

*(6)
Sommerkonferenzen in Beidaihe: Taiwan-Frage überschattet wirtschaftspolitische Themen

Alljährlich kommt die chinesische Führung im August zu einer Serie von Arbeitstreffen im Badeort Beidaihe zusammen. Diese Treffen nationaler und regionaler Spitzenfunktionäre bilden im Vorfeld der meist im Herbst stattfindenden Plenartagungen des Zentralkomitees ein wichtiges Forum, um über Grundsatzfragen der Wirtschafts-, Personal- und Außenpolitik zu diskutieren. Die Ergebnisse der Besprechungen dringen allerdings meist nur in Bruchstücken nach außen.

In diesem Jahr hat die Taiwan-Frage offenbar zu besonders erregten Debatten und scharfen Tönen geführt. Die Vertreter der Volksbefreiungsarmee versicherten der Parteiführung, daß sie "jederzeit" bereitstünden, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas zu verteidigen. Jiang Zemin, KP-Generalsekretär und Vorsitzender der ZK-Militärkommission, stellte fest, daß man niemals um wirtschaftlicher Interessen willen die grundlegenden politischen Interessen opfern dürfe. Eine harte Haltung gegenüber Unabhängigkeitstendenzen auf Taiwan traf auf breite Unterstützung. Kein chinesischer Führer kann es sich erlauben, in dieser Frage allzu konzessionsbereit zu erscheinen. (LHB, Hongkong, 15.8.95; JB, 1995/9, S.18-21)

Wirtschaftspolitische Fragen wurden auf den Beidaihe-Sitzungen des erweiterten Politbüros offenbar von der Taiwan-Problematik überschattet. Allerdings sollen auf einigen Fachtreffen, die sich mit der Finanz-, Steuer- und Kreditpolitik, den Festlegungen im 9. Fünfjahrplan (1996-2001) sowie mit der

Kampagne zur Korruptionsbekämpfung beschäftigten, deutliche Gegensätze zwischen Vertretern der Regionen und der Zentralregierung sowie zwischen verschiedenen Provinzfürhungen untereinander zutage getreten sein. (ZM, 1995/9, S.8-9)

Beijings regionalpolitische Umorientierung, die vor allem den Inlandsregionen und dem Yangzi-Delta zugute kommen soll, zugleich aber eine allmähliche "Entprivilegierung" der südöstlichen Küstenprovinzen (Guangdong, Fujian) vorsieht, ist heftig umstritten. (*Ming Bao*, Hongkong, 4.8.95, nach SWB, 7.8.95) Besonders die Provinzfürhungen Guangdongs sieht sich wachsendem Druck ausgesetzt, die regionale Entwicklung stärker in den Dienst der gesamtstaatlichen Wirtschaftsentwicklung zu stellen (Erhöhung der Beiträge zum Finanzausgleich mit ärmeren Regionen, Unterwerfung unter wirtschaftspolitische Vorgaben der Zentralregierung etc.). Die von Beijing in Gang gesetzte Kampagne zur Korruptionsbekämpfung wird in den Provinzen offenbar als Druckmittel aufgefaßt, das dazu dienen soll, regionale Partei- und Regierungsorgane einer verstärkten Aufsicht durch die Zentrale zu unterstellen. (SCMP, 15./31.8.95; *Hsin Pao*, Hongkong, 10.8.95, nach SWB 12.8)

Die Diskussionen in Beidaihe dienen der politischen Willensbildung in der Parteiführung. Erst das bevorstehende Plenum des KP-Zentralkomitees aber wird konkrete Aufschlüsse über die wirtschafts- und personalpolitischen Pläne der Parteizentrale bieten. -hei-

*(7)

Der Fall Harry Wu: Verurteilung und Abschiebung eines prominenten Kritikers des chinesischen Straflagersystems

Der bekannte Kritiker des chinesischen Straflagersystems, Harry Wu (Wu Hongda), ist vom Mittleren Volksgericht der Stadt Wuhan zu fünfzehn Jahren Haft wegen Spionagetätigkeit verurteilt worden. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung wurde Wu jedoch in die USA abgeschoben. Dieser Gnadenakt ist offenbar von der Beijinger Führung angeordnet worden, um zu einer Verbesserung des Klimas in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen beizutragen.

Harry Wu hatte nach seiner Ausreise in die USA im Jahre 1985 die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen.

In China hatte er zuletzt an einer Hochschule in Wuhan gearbeitet; deshalb wurde das dortige Gericht mit dem Verfahren betraut. Harry Wu war im Juni dieses Jahres bei der Einreise nach China in Xinjiang verhaftet worden. Es ist davon auszugehen, daß der chinesische Geheimdienst ihn zuvor auf seiner gesamten geheimgehaltenen Reiseroute beschattet hatte.

Das Gericht in Wuhan warf Wu vor, in den Jahren 1991-1994 während mehrerer China-Reisen auf illegale Weise geheime Dokumente und Materialien gesammelt zu haben, um die Reputation Chinas im Auftrag ausländischer, antikomunistischer Kräfte zu schädigen. Wu habe ein mehrmonatiges "Training" im Ausland durchlaufen, um sich auf seine verdeckten Ermittlungen in China vorzubereiten (konkrete Vorwürfe an einen amerikanischen Geheimdienst formulierte das Gericht nicht). Er habe sich in China unter anderem als amerikanischer Geschäftsmann und als chinesischer Polizist ausgegeben, um sich geheimes Material über das Strafvollzugswesen zu beschaffen.

Wu habe in einem schriftlichen "Geständnis" die meisten der ihm zur Last gelegten Vergehen eingestanden. Durch sein kooperatives Verhalten habe das Gericht ein "mildes Urteil" fällen können. Das Urteil demonstriere die "Souveränität Chinas und die Würde des chinesischen Rechts". (XNA, 25.8.95)

Harry Wu ist wegen seiner Recherche-Methoden und wegen seines fanatischen Antikomunismus ein auch im Westen umstrittener Mann. Wu hat in den Jahren seit 1991 in mehreren Fernsehdokumentationen über die Zustände in Chinas Straflagern und über den Handel mit Organen hingerichteter Gefangener berichtet. Er wurde mehrfach von Ausschüssen des US-Kongresses als Sachverständiger in Menschenrechtsfragen angehört.

Darüber hinaus hat er auf der Grundlage seiner eigenen Lagererfahrungen zwei Bücher über das chinesische Lagersystem vorgelegt: *Laogai: The Chinese Gulag* (Boulder 1992) sowie *Bitter Winds: A Memoir of My Years in China's Gulag* (New York 1994). Das zweite Buch erschien 1994 in deutscher Übersetzung als *Nur der Wind ist frei: Meine Jahre in Chinas Gulag*.

Wu bekennt sich offen dazu, ein "Feind" des kommunistischen Regimes in China zu sein. Er hat neunzehn Jahre seines Lebens in chinesischen Arbeits-

lagern verbracht. Ende der fünfziger Jahre war er als "Rechtsabweichler" und "Feind der Partei" abgestempelt und ohne Gerichtsurteil zur Zwangsarbeit verschickt worden. Während der verschiedenen Stationen seiner Lagerhaft entging Wu mehrfach nur knapp dem Tod durch Hunger, Krankheit, Mißhandlungen oder Arbeitsunfälle.

Harry Wu hat das chinesische Lagersystem zu den Hochzeiten maoistischer Klassenkampf-Politik erlebt, als zahllose Menschen aus politischen Gründen zu Zwangsarbeit verdammt wurden. Mit der Einleitung der Wirtschaftsreformen Ende der siebziger Jahre wurden die Klassenkampf-Kampagnen der vorangehenden Jahrzehnte eingestellt. Heute stützt sich der chinesische Gulag vor allem auf die Arbeitskraft gewöhnlicher Krimineller. Politische Gefangene stellen nur noch den kleineren Teil der Lagerhäftlinge. Wu selbst wurde 1979 aus der Haft entlassen. Danach rief er sich jedoch in Konflikten mit den chinesischen Behörden auf und wanderte schließlich 1985 mit Hilfe einer in den Vereinigten Staaten lebenden Schwester aus China aus.

Während der Torturen der Zwangsarbeit, so schreibt Wu in seinem letzten Buch, habe ihn die Hoffnung am Leben erhalten, die verbrecherischen Praktiken des chinesischen Lagersystems dokumentieren und öffentlich anprangern zu können, falls er jemals aus der Haft entlassen werden sollte. Der Kampf gegen die Menschenverachtung des kommunistischen Regimes sei zu einer ihn "verzehrenden Mission" geworden: Menschenleben waren in den Lagern "nicht wichtiger als in den Wind geschnippte Zigarettenasche... Wenn aber das Leben keinen Wert hat, dann hat auch die Gesellschaft, die jenes Leben gestaltet, keinen Wert". Ein menschenverachtendes System habe es nicht verdient weiterzubestehen. Man müsse es bekämpfen. -hei-

*(8)

30. Jahrestag der Errichtung der "Autonomen Region Tibet" - Hinweise auf Krise in der regionalen KP-Organisation

Mit aufwendigen Feierlichkeiten hat die chinesische Führung Ende August und Anfang September den 30. Jahrestag der Errichtung der "Autonomen Region Tibet" (9.9.1965) begangen. Eine hochrangige Delegation der Beijinger Zentrale, die vom stellvertretenden Mini-

sterpräsidenten Wu Bangguo und vom Generalstabschef der chinesischen Armee Zhang Wannian angeführt wurde, kam aus Anlaß der Feierlichkeiten nach Lhasa.

Die Beijinger Spitzenfunktionäre, Führungsmitglieder der "Autonomen Region Tibet" und die Parteimedien priesen die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte, die unter chinesischer Herrschaft in den letzten Jahrzehnten vollbracht worden seien. Die Beijinger Zentralregierung habe seit 1965 in Form von Investitionen, Güterlieferungen oder Finanzhilfe rund 30 Mrd. Yuan RMB für die Entwicklung Tibets bereitgestellt. Wu Bangguo versicherte, daß "mit der Erhöhung der Einnahmen der Zentralregierung (als erhofftes Ergebnis der Finanz- und Steuerreformen von 1994) und des allgemeinen Wachstums der nationalen Stärke" die Zentralregierung ihre Unterstützung für Tibet noch intensivieren werde. Auffällig viel Lob ernteten die Einheiten der Armee und der Bewaffneten Volkspolizei, die sich um nationale Einheit und Stabilität in Tibet verdient gemacht hätten. (Xinhua, 28.8./30.8./31.8./1.9.95; RMRB, 2.8./19.8.95)

Vor dem Hintergrund der staatlichen Jubelfeiern stechen die Warnungen des kürzlich in seinem Amt bestätigten Parteisekretärs der "Autonomen Region", Chen Kuiyuan, hervor. Chen berichtete auf Parteitagungen Ende Juli und Anfang August außergewöhnlich detailliert über die Tätigkeit der Parteiorgane und die Lage der kommunistischen Herrschaft in Tibet. (*Xizang Ribao*, 4./5.8.95, nach SWB, 29.8.95; RMRB, 4.8.95)

Die Kommunistische Partei habe gegenwärtig in Tibet 89.000 Mitglieder, von denen 23.000 in den letzten fünf Jahren in die Partei eingetreten seien (bei einer Bevölkerung von heute 2,2 Mio. entspricht das einem Organisationsgrad von rund 4%; in der VR China insgesamt erreicht die KPCh einen Organisationsgrad von 4,5%).

Mehr als 60.000 Partei- und Staatskader seien in Tibet im Einsatz. Ein großer Teil (zwischen 60 und 73% je nach Verwaltungsebene) werde von der tibetischen Volksgruppe gestellt. Die Förderung von Kadern aus der tibetischen Volksgruppe sei vorangekommen. Auch die Entsendung von erfahrenen Kadern aus anderen chinesischen Regionen, die bei der Belegung der Wirtschaft und beim Aufbau eines funktionsfähigen Rechtssystems in Tibet helfen sollen, wird positiv bewertet.

Trotz dieser Erfolge bemängelte Chen mit zum Teil deutlichen Worten den geschwächten organisatorischen und ideologischen Zusammenhalt der Parteiorganisation in Tibet. In Teilen der Parteiorganisation (gemeint sind die tibetischen Parteimitglieder, die nach offiziellen Angaben einen Anteil von mehr als 70% an der Gesamtorganisation stellen) halte der Einfluß traditionellen Gedankenguts und religiöser Überzeugungen weiter an. "Absurde Argumente" und "zynische Kommentare" zur politischen Lage seien selbst in Parteisitzungen häufiger zu hören. Ein wahrer Kommunist aber dürfe nicht in Passivität und Zynismus verfallen. Die Verehrung Buddhas, besonders aber die Verehrung des Dalai Lama, stünden in grundsätzlichem Gegensatz zur Weltanschauung der Kommunistischen Partei.

In einigen Gegenden Tibets und in bestimmten Parteiorganen müsse man feststellen, daß eine "unreine Ideologie" und eine "unreine Organisation" existierten. Manche Parteimitglieder stimmten vordergründig den Anweisungen übergeordneter Parteikomitees zu, hielten sich aber in ihrem Alltag nicht an die Vorgaben. Machtmißbrauch und Korruption seien in einigen lokalen Parteiorganen verbreitet.

Einige Basisorganisationen der Partei seien gelähmt oder gar "von religiösen Kräften vereinnahmt". Eine Reihe von Parteimitgliedern, die sich seit Jahren nicht mehr aktiv in der KP-Organisation eingesetzt hätten, nähmen inzwischen rege an religiösen Aktivitäten teil. Die "ideologische Degeneration" sei unverkennbar bei solchen Leuten. Viele Parteimitglieder in Landwirtschaft und Viehzucht seien "relativ alt", "Nachfolger sind nicht in Sicht". Die Schwäche der Parteiorganisation auf dem Lande begünstige die Ausbreitung der separatistischen Bestrebungen der "Dalai-Clique".

Chen Kuiyuan betonte, daß vor dem Hintergrund solcher Verfallserscheinungen die Stärkung der Führungsgremien auf der Bezirks- und Kreisebene besonders in dünn besiedelten Gebieten Tibets vordringlich sei. Ihnen komme die Überwachung des Aufbaus funktionsfähiger Basisorganisationen zu. Ziel der Parteiarbeit müsse es sein, innerhalb von drei Jahren in jedem einzelnen Dorf Tibets vertreten zu sein. Auch die Sicherheitskräfte in den Ackerbau- und Viehzuchtgebieten müßten verstärkt werden. "Kriminellen Angriffen" auf Basiskader der Partei müsse entschieden entgegengetreten werden.

"Wir können nicht darauf warten, daß uns das KP-Zentralkomitee und unsere Bruderprovinzen ein komfortables Leben (hier in Tibet) ermöglichen, und wir können nicht erwarten, daß die separatistischen Kräfte von selbst schwinden."

Es sei eine der zentralen Aufgaben der Parteiorganisation in Tibet, die "Verschwörung der Dalai-Clique zur Spaltung des Vaterlandes" entschieden zu bekämpfen. In der Auseinandersetzung mit dem Dalai Lama gehe es nicht um eine religiöse Frage. Vielmehr handele es sich im Kern um einen "Klassenkampf auf Leben und Tod" gegen "restaaurative Kräfte", die für die Wiedererrichtung des "feudalen Systems der Leibeigenschaft" einträten. "Es gibt keinen Raum für Kompromisse". Der Dalai Lama sei "nicht nur politisch reaktionär", sondern auch ein "religiöser Renegat", der Prinzipien des Buddhismus verrate.

Es dürfe nicht gestattet werden, daß die "Dalai-Clique" buddhistische Klöster als "Basen für separatistische Aktivitäten" mißbrauche. Klöster müßten die Führung und Aufsicht durch die lokale Regierung akzeptieren. Der irregulären Tempelerrichtung und Rekrutierung von Lamas ohne staatliche Billigung müsse Einhalt geboten werden. Klöster, die sich wiederholt an separatistischen Aktivitäten beteiligt hätten, müßten innerhalb einer vorgeschriebenen Zeit diszipliniert werden. Notfalls seien harte Maßnahmen zu ergreifen. Unruhen, die von "reaktionären Untergrundorganisationen" angezettelt würden, müßten im Keim erstickt werden. Die Sicherheitsorgane hätten seit 1989 gute Arbeit geleistet und "viele von separatistischen Kräften geplante Unruhen" erfolgreich bekämpft. (*Xizang Ribao*, 4./5.8.95, nach SWB, 29.8.95)

Die Ausführungen und Appelle des Parteisekretärs machen deutlich, unter welchem Druck die KPCh in Tibet steht: In den Augen der Parteiführung wirkt die Schwächung des organisatorischen und ideologischen Zusammenhalts der Partei - ein Phänomen, das auch in den han-chinesischen Provinzen weit verbreitet ist - im Kontext der Tibet-Frage viel bedrohlicher.

Denn im chinesischen Kerngebiet hat die KPCh es bisher vermocht, die Entstehung einer organisatorisch-politischen Alternative zur kommunistischen Herrschaft zu verhindern. In Tibet aber steht mit dem Dalai Lama und

seinen Anhängern eine Herrschaftsalternative bereit, die sich auf das traditionelle, religiöse Erbe und breite Anerkennung in der Bevölkerung stützen kann. Dort, wo die Kontrollstrukturen der Kommunistischen Partei in Tibet geschwächt sind, füllen "religiöse Kräfte" und "reaktionäre Untergrundorganisation" dieses Vakuum offenbar mit Erfolg aus. Es bleibt abzuwarten, ob es der Parteiführung gelingen wird, dieser Entwicklung durch die angestrebte organisatorische und personelle Stärkung der KP-Basisorganisationen entgegenzutreten. -hei-

*(9)

"Aufsicht durch die Volksmassen": 3,1 Mio. Korruptionshinweise aus der Bevölkerung seit 1993

In der Zeitspanne zwischen Januar 1993 und März 1995 sind mehr als 3,1 Mio. Korruptionshinweise und -beschwerden aus der Bevölkerung bei den Disziplinarorganen von Partei und Staat eingegangen. Darunter befanden sich 128.000 Hinweise auf schwerwiegende Fälle. In knapp 84% der Fälle, die von den Disziplinarorganen untersucht worden sind, hat die Bevölkerung wichtige Informationen geliefert. Insgesamt sind die Disziplinarorgane im genannten Zeitraum nahezu 500.000 Korruptionshinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen.

Diese Angaben wurden auf einer Nationalen Konferenz der Disziplinarorgane von Partei und Staat gemacht, die Anfang August in der Provinz Guangdong zusammentrat und sich speziell mit der Bearbeitung von schriftlichen und mündlichen Hinweisen aus der Bevölkerung (*xinfang gongzuo*) beschäftigte. (RMRB, 3.8.95)

Beklagt wurde zugleich, daß immer noch viele Verfahren "im Sande verlaufen" und nicht mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt würden. Die "Zuversicht der Volksmassen" in die Korruptionsbekämpfung könne man nur stärken, wenn man entschieden gegen schwerwiegende Mißstände vorgehe und diese auch publik mache. Betont wurde auch, daß man diejenigen, die Korruptionshinweise lieferten, unbedingt besser vor Revancheakten und Repressalien betroffener Funktionäre zu schützen habe. Das "demokratische Recht der Aufsicht durch die Volksmassen" müsse verteidigt werden.

Nach Angaben der Disziplinarkontrollkommission des KP-Zentralkomitees sind im ersten Halbjahr 1995 47.560

Funktionäre wegen Disziplinarvergehen gemäßregelt worden, was eine Zunahme von 7,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. 1.801 Führungskader oberhalb der Kreisleitungsebene seien von diesen Maßnahmen betroffen gewesen (ein Anstieg von 44,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Wirtschaftsverbrechen würden mit besonderem Nachdruck verfolgt. (RMRB, 5.8.95)

Die staatlichen Disziplinarorgane, die formal dem Ministerium für Disziplinaraufsicht (*jiancha bu*) unterstehen, wurden seit 1993 auf allen Verwaltungsebenen mit den Disziplinarkontrollkommissionen der KPCh zusammengelegt. Der Volksmund kennzeichnet dieses Arrangement mit der Wendung "Zwei Behördenschilder, aber ein und dasselbe Personal" (*liang kuai paizi, yi tao renma*). Die Fusion der Disziplinarorgane entspringt Bemühungen um die Bereinigung administrativer Doppelstrukturen und um Personalreduzierung im Partei- und Staatsapparat. Solche Organisationsreformen sind in den letzten Jahren mit regional stark unterschiedlichem Tempo vorangetrieben worden.

Im Rahmen des derzeitigen Regierungssystems ist die Fusion der Disziplinarorgane zweifellos sinnvoll: Die Aufsichtsbefugnis staatlicher Kontrollorgane (des Ministeriums für Disziplinaraufsicht und der Staatsanwaltschaften) endet gewöhnlich vor den Türen der Parteikomitees. Nur Parteiorgane haben Zugriff sowohl auf Staats- als auch auf Parteifunktionäre. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(10)

Fünfzig Jahre Kriegsende

In den Augustwochen bis Anfang September 1995 wurde in China wie in aller Welt des Kriegsendes vor fünfzig Jahren gedacht. Fast täglich brachten die chinesischen Zeitungen ebenso wie Hörfunk und Fernsehen Berichte über den Chinesisch-Japanischen Krieg, der am 7. Juli 1937 mit dem sog. Zwischenfall an der Marco Polo (Lugou)-Brücke südwestlich von Beijing begann und mit der Kapitulation der japanischen Truppen am 14. August 1945 endete. Zumeist handelte es sich um persönliche